

2012-07-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 24.04.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Andrich, Monika

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Behindertenbeauftragte

Engelmann, Kathleen

Gernoth, Sylvia

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dreibrod, pünktlich eröffnet.

2 Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wurde festgestellt.
Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist mit 5 stimmberechtigten Mitgliedern gegeben.

3 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 4/1/0

4 **Genehmigung der Niederschrift vom 28.02.2012 und 29.11.2011**

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 28.02.2012 wurde bestätigt.

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist nun durch die Anwesenheit von Herrn Busch, mit 6 stimmberechtigten Mitgliedern gegeben.

Die Niederschrift vom 29.11.2011 wurde zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: 4/0/2

5 **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.02.2012 waren keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden.

6 **Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktion und des Beigeordneten**

Frau Stöbe fragt an, wie der Stand der Bearbeitung beim Beitritt der Stadt Dessau-Roßlau zu der Erklärung von Barcelona sei?

Herr Dr. Raschpichler teilte dazu mit, dass er den Schwerpunkt bei dem Thema Inklusion sieht. Das Thema würde mit der UN-Behindertenkonvention in eine qualitativ bessere Ebene gehoben.

Frau Stöbe bittet diesbezüglich um eine Information im nächsten Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Herr Dr. Raschpichler bietet an, in der nächsten Sitzung die Kernpunkte der Erklärung zu Barcelona mit der UN-Behindertenkonvention in den Vergleich zu stellen und die nächsten Schritte der Verwaltung zu Papier zu bringen.

Herr Dr. Raschpichler berichtet zum Thema Tafelgärten dass er sich mit dem Jobcenter und dem Beirat in Verbindung gesetzt hat. Der Beirat möchte nicht im Ausschuss für Gesundheit und Soziales darüber berichten.

Er fragt den Ausschuss, ob und wie er sich zu dem Thema entschieden hätte. Es gäbe zwei vorgeschlagene Möglichkeiten: Entweder die Entsendung dreier Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in die nächste Beiratssitzung oder eine schriftliche Beantwortung formulierter Fragen.

Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses entscheiden sich dafür, dass zuvor, eine formulierte Frage schriftlich an den Beirat gesendet wird und dann auch folgende drei Mitglieder an der nächsten Beiratssitzung teilnehmen: Frau Stöbe, Herr Trocha und Herr Busch.

Es wurde folgende Frage formuliert:

„Warum ist die Durchführung der Maßnahme Tafelgärten, nach dem Vorbild anderer Städte, in Dessau-Roßlau nicht möglich?“

Herr Dr. Raschpichler wird die Frage so formuliert, schriftlich über den Geschäftsführer an den Beirat weiterleiten und diesen davon in Kenntnis setzen, dass die drei benannten Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales an der nächsten Beiratssitzung teilnehmen werden.

Frau Paesold berichtet über die Eröffnung der “Info-Station Soziales“, welche neu im Amt für Soziales und Integration installiert wurde. Anlass hierfür sei die Handlungsempfehlung aus der Sozialplanung 2010. Sie bittet den Ausschuss, sich dorthin zu begeben. Frau Lathan wird diesen präsentieren.

Alle Anwesenden versammelten sich um die “Info-Station Soziales“ und Frau Lathan erklärte, dass dieser Touch-Point allen Bürgern an den Sprechtagen für Informationen zur Verfügung stehen würde und auch für Rollstuhlfahrer problemlos unterfahrbar sei. Sie zeigte an einem Beispiel die Bedienfreundlichkeit des Touch-Screen-Bildschirmes.

Des Weiteren würden Fragezettel ausliegen, um das Informationsangebot, durch die Einschätzung des Bürgers stetig ausbauen zu können. Das Angebot würde auch in Zukunft durch die Möglichkeit der direkten Antragstellung erweitert werden.

Herr Vaca fragt, ob so ein Informationspunkt nur an dieser Stelle im Hause zu finden wäre?

Frau Paesold bejahte dies.

Frau Griebisch fragt, wie der Bürger davon erfahren würde?

Frau Paesold berichtet, dass dies in der Presse zu lesen war.

7 **Beschluss- und Informationsvorlagen**

7.1 **Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte** **Vorlage: DR/IV/013/2012/V-50**

Herr Willeke, der Klimaschutzmanager der Stadt Dessau-Roßlau stellt sich vor. Der Stromspar-Check soll für Einkommensschwache Haushalte durch das Amt für Soziales und Integration, der Caritas Bitterfeld und ihm durchgeführt werden. Der Stromspar-Check wurde bereits in über 100 Städten umgesetzt. Zwei Energiesparberater werden vor Ort unterstützen und in die Haushalte gehen. Der Caritas Bundesverband und die Energie- und Klimaschutzagentur Deutschland sind Leiter des Projektes und zuständig für die Schulungen der Energiesparberater.

Frau Paesold ergänzt, dass in der Sozialplanung 'aktivierende Sozialhilfe' als Projekt beschrieben wurde und mit dem Stromspar-Check dieses für Leistungsberechtigte umgesetzt werden soll. Es würde bei den Leistungsempfängern der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Hilfe zum Lebensunterhalt begonnen werden und in der zweiten Phase bei den Wohngeldempfängern. Es wurden noch nicht alle Einkommensschwache Haushalte (dem Personenkreis der ALG-II-Empfänger) einbezogen. Im Jahr 2013, nach der Evaluation, soll nachhaltig für die Stadt Dessau-Roßlau in diesem Projekt etwas entwickelt werden. Zielstellung bis Jahresende sei es, 100 Haushalte zu beraten.

Die Beratung, sowie der Stromspar-Check seien kostenlos und für die freiwillige Teilnahme werden außerdem kostenlos, im Wert von 70,00 €, energiesparende Mittel zur Verfügung gestellt. Der den Anwesenden vorliegende Flyer hierzu wird unter anderem auch in russischer Sprache verteilt werden. Es ginge bei dem Projekt um die Einsparung von Strom. Sie weist aber darauf hin, dass die Rechtsprechung nicht vorsieht, bei Erfolgen in der Einsparung, dies auf die Leistungen der Grundsicherung

im Alter und bei Erwerbsminderung anzurechnen ist, sondern nach dem Urteil aus 2011, fließt dies dem Leistungsempfänger direkt zu. An den Sprechtagen, am 8. und 22. Mai werden hierzu Beratungen mit den Energiesparberatern im Amt durchgeführt.

Frau Dammann fragt, ob die Hilfeempfänger angeschrieben werden und wie es ist, wenn diese das ablehnen?

Frau Paesold erklärt, dass die Leistungsempfänger angeschrieben und darüber informiert werden. Mit dabei wird ein personalisierter Gutschein sein, den der Leistungsempfänger bei seinem Sachbearbeiter, bei den Stromsparhelfern oder im Bürgerbriefkasten abgeben könnte. Diese würden dann an die Stromsparhelfer weitergeleitet und ein Termin würde dann vereinbart. Kommt dieser Gutschein nicht zurück, wurde das Angebot nicht angenommen.

Frau Dammann fragt, wer dieses Projekt finanziell fördern würde?

Frau Paesold berichtet, dass der Bund dieses Projekt fördern würde.

7.2 **Mietspiegel für die Stadt Dessau-Roßlau**
vorbehaltlich der Genehmigung durch die Dienstberatung des Oberbürgermeisters
Vorlage: DR/BV/108/2012/V-50

Herr Dr. Raschpichler entschuldigte sich für die verspätete Zustellung der Beschlussvorlage und erklärte, der Grund dafür sei, dass diese erst in der gestrigen Dienstberatung des Oberbürgermeisters bestätigt wurde.

Sie beinhalte nur die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels, aber auch die Fragen der Zuständigkeit im Haus und das weitere Verfahren wird beschrieben. Zur Erhebung der Daten, um einen qualifizierten Mietspiegel zu erstellen, wäre man auf die Unterstützung der kommunalen Statistikstelle angewiesen. Die Zuständigkeit dafür wird auch dort liegen. Vergleiche mit anderen Städten, die einen solchen Mietspiegel erarbeitet haben, bestätigen dies. Es wird beabsichtigt weitere Befragungen in der Stadt Dessau-Roßlau durchzuführen, zur Jahresmitte. Evtl. wird eine Satzung notwendig sein. Die Vorstellung sieht vor, die Ergebnisse in die KdU-Richtlinie mit einfließen zu lassen.

Es ginge besonders um die Fragen, der Höhe der Kaltmiete und der anfallenden Betriebskosten. Es wäre zu klären, ob aus eigener Kraft die Erstellung eines Mietspiegels realisiert werden kann oder ob Dritte benötigt werden. Eine Kommune, die einen qualifizierten Mietspiegel entwickelt, muss diesen alle zwei Jahre qualifiziert fort-schreiten. Dies wäre ein Prozess der uns dann dauerhaft beschäftigt.

Herr Trocha fragt, warum von der Finanzierung nichts in der Beschlussvorlage erwähnt wurde?

Herr Dr. Raschpichler erläuterte, dass es beabsichtigt gewesen wäre, hierzu keine Angaben zu machen. Man wisse noch nicht, ob es innerhalb der Verwaltung möglich sein wird oder Dritte benötigt werden. Schätzungen die derzeit vorliegen, würden zwischen 50.000,00 € und 100.000,00 € liegen. Eine konkrete Summe würde sich in den nächsten Wochen herausstellen.

Frau Dammann fragt an, was der Mietspiegel für Leistungsempfänger aussagen würde, wenn doch die Anzahl der Wohnungen nicht vorhanden ist?

Herr Dr. Raschpichler erklärt, dass zum einen viele Privathaushalte erreicht werden sollen, aber auch über 40 % der Wohnungen im Bestand von kommunalen Wohnungsunternehmen seien und auch diese werden um Mithilfe gebeten. Er bittet auch den Ausschuss sich hieran zu beteiligen.

Frau Stöbe fragt, ob es Vergleiche aus anderen Kommunen gibt und ob es bedeute, dass es dann ständig, alle zwei Jahre eine Erhöhung der Miete geben wird?

Herr Dr. Raschpichler antwortete, dass die Erfahrungen, aus anderen Kommunen, die vergleichbar mit Dessau-Roßlau wären, zeigen, dass der kommunale Mietspiegel weit unter der Bundeswohngeldtabelle liegt. Es gäbe sicherlich auch andere Fälle. Die angesprochene Befürchtung bestünde, es ginge hierbei aber auch um Marktwirtschaft, die den Preis bestimmt.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wurde mit 3:0:4 Stimmen angenommen.

8 Bericht zum Stand der Umsetzung zur Sozialplanung **Berichtserstattung --> Frau Gebhardt**

Herr Dr. Raschpichler entschuldigt Frau Gebhardt und erklärt, dass die geplante Präsentation nicht gezeigt werden kann. Er berichtet über die praktische Umsetzung der Sozialplanung.

Dessau-Roßlau sei eine der wenigen Kommunen, die eine Sozialplanung besitzt. Unter anderem sei das Thema Inklusion ein ganz wesentlicher Bestandteil der Sozialplanung, auch im Sinne einer zu verabschiedenden Zielvereinbarung mit dem überörtlichen Träger, der Sozialagentur. Es ginge vor allem darum, wie die Stadt Dessau-Roßlau langfristig mit der wohnortnahen barrierefreien Bereitstellung von Wohnraum und der Begleitung und Betreuung von behinderten Menschen umgeht. Ambulante Betreuungs- und Hilfestellungsleistungen hätten stets Vorrang, vor stationären Betreuungen.

Des Weiteren wurde zum Beispiel ein Stück der Sozialplanung auch durch den Info-Stand realisiert. Ein außerdem wichtiger Punkt sei der Demographische Wandel. Es ginge hierbei um das Schaffen von Angeboten für Demenzzranke und vor allem auch für Angehörige.

Schulsozialarbeit, sei auch praktische Sozialplanung. Die Ausschreibung wäre abgeschlossen, in den nächsten Tagen soll die Beteiligung des Personalrates herbeigeführt werden und dann soll es zur Stellenbesetzung kommen, Schrittweise ab 01.06.12. Die Schulsozialarbeit soll auch in eine neue Qualität gebracht werden, weg von der Schulformbezogenen Schulsozialarbeit, hin zur Schulformübergreifenden Sozialarbeit. Die Sozialplanung umfasst unterschiedliche Handlungsfelder. Einige werden auf Verwaltungsebene abgewickelt, andere im Arbeitskreis "Sozialer Tisch" oder werden in der sozialpsychiatrischen Arbeitsgemeinschaft umgesetzt. Manche werden im Gesundheits- und Sozialausschuss eingereicht und bei anderen auch der Stadtrat beteiligt.

Der Sozialplan von 2010 sei jetzt, anhand von ganz konkreten Beispielen, in der Umsetzung.

Herr Puttkammer fragt, wie viele Bewerbungen, von tatsächlich qualifizierten Bewerbern, eingegangen wären?

Herr Dr. Raschpichler kann die genaue Anzahl nicht nennen. Aber alle noch übrigen Bewerber erfüllen wiedererwarten die Qualifikation.

Frau Stöbe fragt an, ob schon Bewerbungsschluss sei?

Herr Dr. Raschpichler bejahte dies.

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 18:00 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden beendet.

Dessau, 16.07.12

